

Zurück in die Zukunft? Voraussetzungen eines Wiedereinzugs der PDS in die Bundespolitik.

Von: Benjamin-Immanuel Hoff

Das politische Dilemma der PDS hätte nicht offensichtlicher werden können: Als sich zum wiederholten Male während der Generaldebatte des außerordentlichen PDS-Bundesparteitages in Berlin ein Redner unter dem Beifall der Delegierten mit der streikenden IG Metall solidarisch erklärte, intervenierte die Redeleitung mit dem Hinweis, ihr lägen Informationen vor, dass soeben erstmals seit Jahrzehnten ein Flächenstreik ergebnislos abgebrochen worden sei. Man möge dies bei den künftigen Redebeiträgen bitte berücksichtigen. Die Ernüchterung unter den von der Parteikrise gebeutelten und nach Kompensation suchenden demokratischen Sozialisten war mit Händen zu greifen.

Die Entscheidung der IG Metall angesichts der in Folge des gescheiterten Streiks ausgebrochenen Führungskrise, einen Gewerkschaftstag noch im August durchzuführen, verlängert die Kette von außerordentlichen Kongressen des Mitte-Links-Spektrums in diesem Sommer um ein weiteres Glied.

Im Juni segneten die Delegierten der rot-grünen Regierungsparteien das Regierungsprogramm zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit in Berlin bzw. Münster mit überwältigender Mehrheit ab. Die Parteitage mussten durchgeführt werden, nach dem die Mitgliedschaft ihren Führungen die Debatte um die Agenda 2010 abgerungen hatte.

PDS und IG Metall haben in Ostdeutschland schwere Niederlagen einstecken müssen - die PDS bei der Bundestagswahl am 22.09.2002 und die IG Metall beim Versuch, die 35-Stunden-Woche auf die Tarifgebiete der neuen Bundesländer zu übertragen. In Folge dieser Niederlagen sind sie aus dem Tritt geraten und stecken in einer der schwierigsten Situationen ihrer Existenz. Hier wie dort sollte bzw. soll durch die Neuwahl eines Vorstandes ein politischer Neustart erleichtert werden. Und sowohl bei der PDS wie bei der IG Metall ist offensichtlich, dass ein Wechsel des Führungspersonals kein Garant für eine politische Neuaufstellung ist.

So unterschiedlich die Ausgangspositionen, Aussagen und Konsequenzen dieser Mitte-Links-Kongresse demnach auch sind, handelt es sich dabei nicht nur um zufällige zeitliche Parallelitäten. Innerhalb der Bundesrepublik finden derzeit entscheidende Prozesse zur künftigen Gestaltung des Gemeinwesens statt. Im Kontext von anhaltender Wirtschaftsschwäche, Erosion gewohnter Erwerbsarbeitsstrukturen, demographischem Wandel, die vorrangig als Krise des Sozialstaates wahrgenommen werden, verändern sich gesellschaftliche Diskurse mit rasanter Geschwindigkeit. Mit der Agenda 2010 präsentiert rot-grün einen Paradigmenwechsel weg vom Rheinischen Kapitalismus, der geprägt wurde durch soziale Marktwirtschaft und kooperativen Föderalismus hin zu einem liberalen Kapitalismus im Sinne des »Washington-Konsenses«¹.

Vor dem Hintergrund dieser einschneidenden Veränderungen der sozialstaatlichen Verfasstheit wird deutlich, dass IG Metall und PDS versäumt haben rechtzeitig für sich die Frage zu beantworten, wie sie an der Debatte um die Zukunft des Gemeinwesens, jenseits einer Defensivkonstellation überzeugend und Mehrheiten gewinnend, teilnehmen wollen.

Innerhalb der Gewerkschaften muss unter den Bedingungen, dass es „in Deutschland heute zum guten Ton [gehört], die Gewerkschaften zu beschimpfen“² diskutiert und entschieden werden, welche Rolle der DGB und seine Mitglieder künftig wahrnehmen wollen. Die derzeitigen Alternativen werden umschrieben mit: professioneller Beratungsorganisationen für Betriebsräte vs. betrieblicher Gestaltungsmacht, die durch Weiterentwicklung verteilungspolitischer Instrumente auf die gesellschaftliche Reformdebatte Einfluss nimmt.³ Leicht sich vorzustellen, dass am Ende dieser Diskussion deutlich wird, dass diese Alternativen so kontradiktorisch gar nicht sind.

Die PDS hingegen, die in diesem Artikel im Mittelpunkt steht, steht vor der Aufgabe, durch eine Erneuerung ihrer Strukturen und ihrer Politik zu beweisen, dass sie beginnt die Lehren aus der Niederlage der vergangenen Bundestagswahl zu ziehen.

¹ Unter dem »Washington-Konsens« wird gemeinhin eine seit den 80er Jahre dominante Strategie der internationalen Finanzmarkt-Institutionen (IWF und Weltbank) verstanden, die durch Sozialabbau, Lohndumping, Deregulierung, Steuersenkungen und eine Rückführung staatlicher Aufgaben gekennzeichnet ist.

² Birgit Mahnkopf, Vom Sozialpartner zur Nicht-Regierungsorganisation?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5/2003, S. 303.

³ Vgl. Joachim Bischoff, Worüber streitet die IG Metall? Personelle Machtansprüche oder gewerkschaftliche Strategie, <http://www.sozialismus.de/socialist/pages/kommentar.php?para=1126>.

Koordinatensystem einer Wahniederlage und die Machtbalance in Ostdeutschland

Werfen wir noch einmal einen Blick zurück: Bei der Wahl 1998 konnte sich die PDS als Teil der Wechselstimmung präsentieren. Im Wahlkampf bot sie an, einer ersten rot-grünen Bundesregierung mit PDS-Stimmen zur Mehrheit zu verhelfen. Dass Schröder und Fischer dieses Angebot ablehnen mussten und die CDU seit der PDS-Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Magdeburg 1994 genau davor warnte, tat nichts zur Sache.

Um zu verstehen, warum sich die PDS nur vier Jahre später nicht annähernd so authentisch als Sicherung von Reformpolitik präsentieren konnte, ist es notwendig das politische Koordinatensystem der vergangenen Bundestagswahl zu betrachten:

Die X-Achse: Es gab einen Lagerwahlkampf, den vor allem die SPD wünschte und den Stoiber so weit wie möglich vermeiden wollte und den die Medien bedienten. Es gab darin zwei Lager – nicht mehr, nicht weniger. Der Wunsch der PDS ein drittes Lager zu bilden konnte in dieser Situation nicht wirksam werden. Statt dessen war zu akzeptieren, dass alle Parteien in der Vielfalt ihrer Optionen bei einem Lagerwahlkampf eingeschränkt sind und sich diesem oder jenem Lager zuschlagen müssen. Über Wochen gab es jedoch in der Öffentlichkeit und in der PDS selbst Verunsicherung über die Frage ob die PDS einer Regierung Schröder/Fischer zur Mehrheit verhelfen würde.

Die Y-Achse: Dementsprechend lautete die zentrale politische Frage: Bleibt diese Regierung – oder kommt eine andere Regierung? Wer die beste Oppositionsarbeit macht, war nicht – und je kleiner die Stimmenunterschiede zwischen den Lagern wurden – noch viel weniger gefragt. Das von der PDS bislang beanspruchte Alleinstellungsmerkmal: Einzige Opposition von links und originäre Ostpartei mit der Legitimation der authentischen Vertretung von Interessen und Biographien zu sein⁴ trat in den Hintergrund.

Die Z-Achse: Inhaltlich dominierte eine Themenkonkurrenz: Sozialstaat und Solidarität (Rot-Grün) vs. »rote Laterne« bei Wirtschaft und Beschäftigung (Schwarz-Gelb), die um die Frage „Wie hältst du es mit einem Krieg im Irak“ erweitert wurde. Die mit dieser Konstellation verbundenen Probleme hat Dietmar Wittich knapp zusammengefasst: *„Die PDS konnte in den letzten Wochen vor den Wahlen nur eine geringe mediale Präsenz erreichen. Die Großwetterlage war nicht PDS-freundlich. Auf zwei Dinge ist in diesem Zusammenhang kurz zu verweisen. Zum einen war das Hochwasser. Es hat bewirkt, dass der Wert Solidarität – vor allem im Osten – in seiner Bedeutsamkeit hautnah empfunden wurde. Aber diese Aufwertung von Solidarität war zugleich etatistisch und kam somit vor allem der SPD zu Gute. Zum anderen ist es den Regierungsparteien gelungen, das Krieg-Frieden-Thema wirkungsvoll zu paralisieren. Indem sich SPD und Grüne gegen einen Krieg gegen den Irak positionierten, haben sie erfolgreich ein (weiteres – B.H.) Alleinstellungsmerkmal der PDS relativiert, die einzige Partei zu sein, die sich gegen Krieg und Kriegseinsätze stellt. So gaben sie vor allem jenen Teilen ihrer Anhängerschaft, die schon abgesprungen schienen, als Beruhigungspille das Gefühl, nun doch wieder die gewohnte Partei wählen zu können. Zuwanderungen zur PDS blieben weitgehend aus“.*⁵

Bei den Wahlen 1998 gelangen der PDS vor allem Zuwächse in den ostdeutschen Hochburgen der CDU. *„Darüber hinaus profitierte sie von einer hohen Wahlbeteiligung. Dem stehen allerdings Verluste in den eigenen Hochburgen, den Verwaltungs- und Dienstleistungsstädten, gegenüber. So verlor die PDS etwa in den Ostberliner Wahlkreisen trotz gewonnener Direktmandate bis zu 5 Prozentpunkte der Zweitstimmen. In wirtschaftlich aufstrebenden Regionen hat die Partei ihr Potential inzwischen weitgehend ausgeschöpft.“*⁶

Diese Trends wurden 2002 verstetigt. Die PDS verlor insbesondere in ihren Hochburgen, die in der Regel die Verwaltungszentren der damaligen DDR abbildeten. Möglicherweise wendet sich *„die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld“*⁷, die bislang einen zentralen Sockel der PDS-Mitgliedschaft und WählerInnenbasis stellten⁸ ab bzw. wird zahlenmäßig kleiner. Die PDS verliert also in der Kernsubstanz ihrer Wählerschaft. Lag die PDS 1998 im Osten häufig nur wenige Prozente hinter der Union, hat sich der Abstand wieder vergrößert. Die PDS muss zeigen, wie sie die Annahme, dass *„die Tendenz zur Angleichung des Wählerverhaltens in Ost und West und eine*

⁴ Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/1999, S. 230.

⁵ Dietmar Wittich, Ein langer Abschied. Defizite in Programmatik und Vermittlung von linkssozialistischer Politik sind der PDS auf die Füße gefallen, in: Neues Deutschland vom 25.09.2002, S. 3.

⁶ Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau Nr. 229, 2./3.10.1998, S. 12.

⁷ Wittich, a.a.O., ebd.

⁸ Vgl. PDS-Parteivorstand (Hrsg.), Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Studie zur Mitgliederbefragung 2000. der PDS, in: Pressedienst der PDS, Berlin 2001, S. 29f.

*Hinwendung der großen Parteien zur sozialen Frage [die PDS] auf mittlere Sicht überflüssig machen kann*⁹ abwenden will.

Möglicherweise muss aber auch die Annahme, des seit 1990 stabilen Dreiparteiensystem in Ostdeutschland korrigiert werden. Bislang haben SPD, CDU und PDS zusammen weit über 80% der Stimmen gebunden. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP fanden in den neuen Bundesländern hingegen kaum politische Relevanz. Die FDP hat aber in den neuen Ländern deutlich zugelegt hat und dieser Trend verfestigt sich. Daraus kann ein Dilemma für SPD und PDS entstehen. Erstere konnten bislang darauf bauen, dass ohne sie keine Regierung gebildet werden kann. Die abgewirtschafteten Großen Koalitionen wiederum bildeten für die PDS die Grundlage von Regierungsoptionen. Die FDP als Koalitionspartner der CDU könnte den derzeit in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachtenden Strategiewechsel der SPD, nach den kommenden Wahlen eine SPD-geführte Große Koalition zu bilden, durchkreuzen. Sachsen-Anhalt hat gezeigt: Ohne attraktive rot-rote Präsentation sitzen möglicherweise ab 2006 PDS und SPD in Schweriner in der Opposition.

Darauf eine politikfähige Antwort zu finden, ist existentiell für die PDS, die im kommenden Jahr in Sachsen und Brandenburg mitregieren möchte.

Linkswende in Gera – Rechtsputsch in Berlin?

Die verlorene Bundestagswahl traf die PDS hart. Nur Monate vorher glaubte man sich mit dem furiosen Wahlergebnis in Berlin und dem anschließenden Regierungseintritt als etablierten Teil der Parteienlandschaft.

Dass sich die innerparteilichen Diskussion über die Wahlniederlage in den Wochen bis zum Geraer Parteitag vor allem als Kritik an der Berliner Regierungspolitik formierte, hat verschiedene Ursachen. Maßgeblich dazu beigetragen haben, der Rücktritt Gysis als Wirtschaftssenator kurz vor der Wahl, umstrittene Entscheidungen wie die Risikoabschirmung der maroden Bankgesellschaft und der zeitgleiche harte Konsolidierungskurs. Nicht außer acht gelassen werden darf ein noch aus der DDR stammendes Ressentiment gegenüber der damals stark privilegierten Hauptstadt.

Diese Ressentiments bediente die Vorsitzende Zimmer in ihrer zentralen Parteitagsrede polarisierend. Einschlägig war dabei insbesondere folgende Passage:

„Aber: Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis - das ist Opportunismus! Die einseitig geführte Diskussion um den Gestaltungsanspruch sozialistischer Politik hat uns davon abgelenkt, dass wir uns mit dem Opportunismus-Problem auseinandersetzen müssen.

Und auch hier möchte ich nicht missverstanden werden: Es geht nicht um ideologischen Opportunismus, sondern um ein Verhalten, eine Art und Weise, wie wir Politik machen. Lange Zeit waren wir der Meinung, dass die Unterteilung der PDS in Traditionalisten, Fundamentalisten, Dogmatiker auf der einen Seite und den Reformern auf der anderen Seite den Hauptkonflikt der PDS kennzeichnet.

Dabei habe ich, genau wie viele andere, aber ich besonders natürlich, auch übersehen, dass ein ganz anderer für die Entwicklung der PDS wesentlicher Konflikt seit mindestens zwei Jahren in der Partei schwelt, ohne dass wir ihn ausgetragen haben:

Die Auseinandersetzung zwischen dem Gestalten um jeden Preis und dem alternativen Gestaltungsanspruch. Als ob es in der PDS - irgend jemand hat es vor kurzem in der Diskussion so gesagt - um eine Debatte zwischen Reformern und Reformisten ginge.

Die PDS erscheint heute viel zu vielen als eine Partei, mit der man alles machen kann, außer Kriege führen. Und das ist nicht von ungefähr. [...]“

Zwar bezog sie sich durchaus auch positiv auf Regierungsbeteiligungen der PDS. Diese Ambivalenzen wurden jedoch durch die an der genannten Passage aufbrechenden grundsätzlichen Kontroverse verdeckt. Statt zu klären, endete der Parteitag in einem Bruch des ursprünglich hegemonialen Reformerslagers. Grundlage dessen war eine, trotz neuerer Veränderungen bis heute ungeklärte, strategische Differenz im Reformerslager. Gabi Zimmer präsentierte als Ausweg aus dem von ihr identifizierten „Reformismusproblem“ die Idee eines »sozialen Mitte-Unten-Bündnisses« als einer vermeintlichen Alternative zu einer radikalreformerischen Mitte-Links-Politik. Dies strategische Neuorientierung bildete den politischen Kitt der fragilen innerparteilichen Koalition eines Teils des Reformerslagers mit dem eher traditionalistischen Flügel. Der andere Teil des Reformerslagers demontierte sich auf dem Parteitag selbst, zog sich zurück oder war aufgrund geringer Wahlergebnisse nicht im Parteivorstand vertreten. Das im Nachhinein bemühte Etikett einer „Linkswende“ in Gera ist aber ebenso unzutreffend, wie der nun geäußerte Vorwurf eines Rechtsputsches in Berlin.

⁹ Oberndörfer/Mielke/Eith, a.a.O., ebd.

Parteitage folgen ihren eigenen, oft unberechenbaren Gesetzmäßigkeiten. Dazu gehört, dass Delegierte den von der Parteispitze sorgsam ausgeklügelten Ablauf durcheinanderwirbeln und gelegentlich auch ihre Spitzenfunktionäre demonstrativ und symbolisch „abstrafen“. Der Magdeburger Parteitag der Grünen 1998 ist dafür ein Beispiel.

Dies ist bei der PDS nicht anders und basiert auf einem einfach psychologischen Phänomen. Viele Delegierten stehen täglich in realen politischen Auseinandersetzungen in der Kommune, in Gewerkschaften, Hochschulen, Schulen usw.. Dort werden Kompromisse eingegangen und häufiger Niederlagen eingesteckt als Erfolge erzielt. Die Schwierigkeit des PDS-Anspruchs, „gesellschaftliche Opposition“ zu sein, aber in Kommunen und Ländern den Mangel verantwortlich zu verwalten, wird deshalb nicht selten auf Parteitagen kompensiert. Wo wenn nicht dort kann man z.B. Arbeitszeitverkürzung mit gestaffeltem Lohnausgleich ablehnen und statt dessen den vollen Lohnausgleich für alle fordern? Wohl wissend, dass man möglicherweise bereits am kommenden Tag zu Hause den Potsdamer Tarifabschluss nicht umsetzen können.

Die daraus entstehende Glaubwürdigkeitslücke zwischen Parteitagsbeschlüssen und der für die BürgerInnen erlebbaren PDS-Politik soll dann der jeweilige Parteivorstand schließen.

Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, dass im Unterschied zur relevanten Anzahl der Delegierten und zu den vorhergehenden reformerdominierten Vorständen, der in Gera gewählte Vorstand wirklich eine programmatisch-inhaltliche Linkswende anstrebte. Grundlage dessen war die oben beschriebene Fiktion eines Mitte-Unten-Bündnisses. Insofern beabsichtigte er keineswegs die Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Unglaublich waren stattdessen diejenigen, die unter dem Druck nachvollziehbare Politik im Alltag machen zu müssen, nicht umhin konnten die allzu geradlinigen Beschlüsse vernachlässigen.

Das Resultat war vielfach Voluntarismus. Ohne eine kompensierende Bundestagsfraktion, die in der Lage gewesen wäre, eine eigene politische Öffentlichkeit zu realisieren, folgte auf den schrillen Parteitag von Gera eine zunehmende öffentliche Stille um die Partei.¹⁰

Diese verfolgte die Entwicklung ernüchtert und zunehmend verunsichert. Politische Ratlosigkeit und das Gefühl, dass die Zeit – eine Gewöhnung an eine Bundesrepublik ohne PDS – gegen sie arbeite, verstärkten die Unsicherheit. Dieser Misere gewahr werdend, entschloss sich die Vorsitzende Zimmer zu einem Bruch im Vorstand. Unterstützung erhielt sie von einer Mehrheit der Parteitagsdelegierten, die ein Ende von Demotivation und Abwendung in der Wählerschaft forderten.

Dieser Anspruch dominierte den Berliner Parteitag, auf dem der ehemalige Parteivorsitzende Bisky erneut zum Vorsitzenden mit einem absolut überwiegend reformorientierten Parteivorstand gewählt wurde.

Bisky Reloaded – ohne Politikwechsel keine Zukunft.

Die Rückkehr Biskys in die PDS-Bundespolitik symbolisiert dreierlei:

1. das Bedürfnis eines relevanten Teils der PDS nach Integration statt Kontroverse. Dafür stand Bisky Zeit seiner Vorsitzendentätigkeit.
2. eine über Jahre hinweg vernachlässigte Nachwuchsarbeit auf Bundesebene. Demgegenüber steht ein mit unterschiedlicher Intensität in den Ländern vollzogener Generationenwechsel im vergangenen Jahrfünft.
3. die noch offene Frage, welche Gruppe in der Partei die Diskurshegemonie bei der weiteren Entwicklung der PDS haben wird. Die Auseinandersetzung verläuft dabei zwischen den Reformern um Bisky, Gysi und den Brie-Brüdern, die für die erfolgreiche Transformation der SED zur ostdeutschen Volkspartei PDS stehen, dem eher traditionalistischen Teil der PDS sowie denjenigen im Reformlager, die sich für eine zweite Erneuerung der PDS einsetzen.

Entscheidende Bedeutung bei dieser Auseinandersetzung hat dabei die Frage nach dem Verhältnis von Opponieren, Tolerieren und Regieren. Die PDS hat die Antwort darauf bislang mit Formelkompromissen verdeckt und lebt bis heute die mit der Behauptung, dass die *„Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS“* berühre.

Auf dem Programmparteitag im Oktober wird diese Aufgabe gelöst werden müssen, um damit auch die strategische Differenz im Reformlager zu klären. Denn der vorliegende Entwurf des Parteiprogramms spiegelt dieses Dilemma wieder. Die reformorientierten Autoren hatten erfolgreich an der Beschreibung des demokratischen Sozialismus als eines „transformatorischen Projektes“ gearbeitet, zugleich aber auf theoretischer Ebene ausgeklammert wann und in wie dieser Prozess begonnen werden soll bzw. welcher Voraussetzungen er bedarf. Die Ernüchterung über die PDS-Regierungen führten schließlich zu einem Modell, *„das den transformatorischen Prozess als Vor-*

¹⁰ Thomas Falkner, Politik als Chance, in: UTOPIEKreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003), S. 592.

gang schrittweiser, aber zugleich umfassender, komplexer, möglichst ungestörter und zügiger Entfaltung ihres sozialistischen Zukunftsprojektes nach eigenen Maßstäben ansah – dem der traditionell bei den PDS-Reformern intendierte grundsätzliche Hegemoniewechsel in der Gesellschaft erst einmal vorauszugehen habe.¹¹

Damit kann aber mit dem „Eigentlichen“ nicht schon jetzt begonnen werden. Im Heute kann man nur reparieren – und muss aufpassen bzw. davor bewahrt werden, dass die PDS nicht zum Arzt am Krankenbett des Kapitalismus verkommt. Letztlich ist dies anschlussfähig „an neokommunistische, jenseitige Vorstellungen vom künftigen Sozialismus als der fernen, ganz anderen Gesellschaft entstanden – und zugleich eine tragische Entwurzelung des Bemühens um Reformalternativen“.¹²

Eine zweite Erneuerung bedeutet in diesem Kontext ein Selbstverständnis der PDS als linke Partei in der Bundesrepublik zu etablieren. Die für diese Gesellschaft Konzepte in den Parteienwettbewerb einbringt, dafür um Zustimmung wirbt und sich mit allen verfügbaren demokratischen Mitteln um deren Umsetzung bemüht. Das schließt Kompromisse, Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften und die Debatte um grundlegende Alternativen und Visionen ein.¹³

Die Chancen für die Herstellung einer solchen Geschäftsgrundlage hat der Berliner Parteitag personell verbessert. Sie ist unverzichtbar angesichts der externen Anforderung an die PDS, sich in den Auseinandersetzungen um die Justierung der sozialstaatlichen Koordinaten mit eigenen Reformansätzen zu positionieren und der internen Erkenntnis, dass die PDS allein mit dem Gestus als Ostpartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit und Friedenspartei nicht mehr hinreichend Mobilisierungskraft hat, denn die Bedeutung dieser Themen wandelt sich und geht zurück.¹⁴ Die Teilgesellschaft Ost hat sich ausdifferenziert und Komplexität der Ost-West-Verflechtungen hat zugenommen. Interessenvertretung Ost zu sein bedeutet hier umzudenken. Auch der Impetus der einzig wahren Anti-Kriegspartei kann nicht mehr aufrecht erhalten werden, wenn dieses Alleinstellungsmerkmal verloren geht. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die PDS seit ihren zu einem „Grundkonsens“ stilisierten friedenspolitischen Beschlüssen von Münster die Fähigkeit verloren hat, auf diesem Feld situationsadäquat und konsistent zu argumentieren.

Notwendig ist demnach eine Neubestimmung der Themen demokratisch-sozialistischer Politik. Dabei kann es nicht darum gehen, vorrangig Forderungen, die von Bewegungen wie attac oder Verbänden und Gewerkschaften erhoben werden, ins Zentrum der PDS-Arbeit zu rücken. Nicht weil sie für die Arbeit keine Relevanz hätten – ihre Akzeptanz durch die PDS wird zu Recht vorausgesetzt. Doch stärker als innerparteilich wahrgenommen wird, sind die betreffenden Akteure bereit, ihre Forderungen in Beziehung zur politischen Rolle der PDS zu stellen. Schon deshalb fühlen sie sich bei den Verbänden und Bewegungen gut aufgehoben – weshalb es keine „Vertretungslücke“ gibt, die zu schließen von einer Partei, speziell der PDS, erwartet wird. Erwartet wird, dass diese ihre Arbeit tut: die Positionen einer qualifizierten Minderheit im Parteienwettbewerb mehrheitsfähig zu machen. Deshalb kann es auch kein Erfolgsrezept sein, sich im innerparteilichen Streit der SPD zu positionieren.

Andererseits sind auch der Formulierung eigener politischer Angebote durch die Rolle der PDS im Bund Grenzen gesetzt. Schon vor Bundestagswahl bestand ein PDS-Dilemma darin, dass sie zwar viele Vorschläge präsentierte, die jedoch Machbarkeitskriterien zu unterziehen waren. Auf die Frage, ob die Ideen umsetzbar seien und die PDS genügend Einfluss habe sie durchzusetzen, musste im Bund in der Regel verneint werden werden. Mit dem Verlust der Bundestagsfraktion sind Ressourcen für Expertise und Öffentlichkeit verloren gegangen. In den Ländern sind die Chancen besser, doch auch dort ist der in die PDS investierte Wählerkredit endlich.

Das heißt nicht, dass die PDS keine Konzepte mehr entwickeln soll – im Gegenteil. Der PDS werden die höchsten Kompetenz- und Authentizitätswerte im Bereich der sozialen Gerechtigkeit zugesprochen. Dort versammelt sie ein über Jahre hinweg akkumuliertes Wissen. Die PDS hat eine »Agenda sozial« vorgeschlagen, die der Umverteilung von unten nach oben eine verstärkte Solidarität in der Gesellschaft gegenüberstellt. Wenn es der PDS gelingt, in der Debatte um diese »Agenda sozial« eine soziale Integration neuer Art in Ost und West zu konzipieren, dann hätte sie die Chance im 140. Jahr der Sozialdemokratie zur Sozial-innovativsten Partei Deutschlands zu werden.

* * *

Zeichen (ohne Überschrift und Autorentext): 22.579

¹¹ Falkner, a.a.O., ebd.

¹² Falkner, a.a.O., ebd.

¹³ Vgl. Gerry Woop, Verfehlte Konsensstrategie, <http://www.zweite-erneuerung.de/newsletter.php?id=62>.

¹⁴ Falkner, a.a.O., S. 594.

Benjamin Hoff (27) promoviert an der HU-Berlin im Bereich politische Soziologie. Seit 1995 ist er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus und Sprecher für Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik der PDS-Fraktion. Er gehört zu den Koordinatoren des „Forum 2. Erneuerung“ in der PDS.